

## **Gesellschaftsvertrag der Projektgesellschaft Bitburg Housing GmbH**

### **§ 1**

#### **Firma und Sitz der Gesellschaft, Geschäftsjahr, Dauer**

- (1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Firma der Gesellschaft lautet

#### **Projektgesellschaft Bitburg Housing GmbH.**

- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Bitburg.
- (3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und endet zum Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen wurde.
- (4) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

### **§ 2**

#### **Gegenstand des Unternehmens**

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Entwicklung eines Konversionskonzepts für das Gelände der ehemaligen Wohnsiedlung „US-Housing“ in Bitburg.

**[Anmerkung:** Für die Objektgesellschaften wird Abs. (1) wie folgt lauten:

*Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Entwicklung und Vermarktung der Konversionsflächen auf dem Gelände der ehemaligen Wohnsiedlung „US-Housing“ in Bitburg.*

*Insbesondere kann die Gesellschaft folgende Aufgaben wahrnehmen:*

- *Flächenerwerb und (Zwischen-)Finanzierung;*
- *Flächenaufbereitung und Vermarktung;*
- *Ordnungs-, Beräumungs- und Freilegungsmaßnahmen;*
- *Zwischennutzungsmaßnahmen und teilweise Bestandsoptimierung;*

- *(Zwischen-) und Endfinanzierung von Erwerb und laufender Bewirtschaftung;*
  - *Einwerbung und Abrechnung von Fördermitteln und Subventionen;*
  - *Vermarktung von Grundstücken (mit Konzept) an Bauträger und/oder Enderwerber;*
  - *Erfüllung sonstiger Leistungen/ Aufgaben für die Gemeinde gemäß § 157 BauGB unter Berücksichtigung der Voraussetzungen gemäß § 158 BauGB in der Eigenschaft als Sanierungs-/ Entwicklungsträger;*
  - *Durchführung von Baumaßnahmen;*
  - *Erarbeitung und Umsetzung von Betriebskonzepten;*
  - *Vermietung von Gebäuden.]*
- (2) Andere kommunalwirtschaftliche Aufgaben können unter Beachtung der §§ 85 ff. der Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz (nachfolgend: „**GemO RLP**“) mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung übernommen werden, sofern eine ausreichende Wirtschaftlichkeit der übernommenen Aufgaben zu erwarten ist. Diese Aufgaben sind ebenfalls Teil des Unternehmensgegenstandes.
- (3) Die Gesellschaft ist mit Zustimmung durch die Gesellschafterversammlung im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung berechtigt, Zweigniederlassungen oder Tochterunternehmen zu gründen, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, die Funktion des persönlich haftenden Gesellschafters in einer Kommanditgesellschaft zu übernehmen und sämtliche Geschäfte zu betreiben, die der Betätigung der Gesellschaft auf dem Gebiet des Unternehmensgegenstandes unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.

### **§ 3**

#### **Stammkapital und Geschäftsanteile**

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend).
- (2) Auf das Stammkapital haben übernommen:
- (a) der Zweckverband Flugplatz Bitburg  
eine Stammeinlage in Höhe von nominal € 30.000,00

(3) Die auf die Geschäftsanteile zu leistenden Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen.

Organe der Gesellschaft sind

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer.
- (2) Die Gesellschaft wird vertreten,
  - (a) wenn nur eine Geschäftsführerin/ein Geschäftsführer vorhanden ist, durch diesen,
  - (b) wenn mehrere Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer vorhanden sind, durch zwei Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch eine Geschäftsführerin/einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einer Prokuristin/einem Prokuristen.

1. \_\_\_\_\_ Projektpartner aus dem Wirtschaftsbereich Projektentwicklung/Projektmanagement (Los 1)
2. \_\_\_\_\_ Projektpartner aus dem Bankwesen (Los 2)
3. \_\_\_\_\_ Projektpartner aus dem Bankwesen (Los 3)
4. \_\_\_\_\_ Projektpartner aus dem Wirtschaftsbereich der Versorgungswirtschaft (Los 4)

- (3) Die Gesellschafter können mit einer einfachen Mehrheit der vorhandenen Stimmen beschließen, Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer ~~allgemein oder~~ im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB zu befreien.
- (4) Bei Abschluss, Änderung oder Kündigung von Anstellungsverträgen mit Mitgliedern der Geschäftsführung wird die Gesellschaft durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Aufsichtsrates vertreten. Entsprechendes gilt bei Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen zwischen der Gesellschaft und einem ihrer Gesellschafter, die die Erbringung von Geschäftsführungstätigkeiten zum Gegenstand haben.
- (5) Etwaige Anstellungsverhältnisse der benannten Personen bei Gesellschaftern stehen einer Ausübung des Amtes als Mitglied der Geschäftsführung der Gesellschaft nicht entgegen.

## § 6

### Beschränkungen der Geschäftsführung im Innenverhältnis

- (1) Die Mitglieder der Geschäftsführung führen die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach den Bestimmungen des Gesetzes, dieses Gesellschaftsvertrages, ihres jeweiligen Anstellungsvertrags und - soweit vorhanden - der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sowie nach den Beschlüssen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung.
- (2) Zur Vornahme von Handlungen und Maßnahmen der Geschäftsführung, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen, ist die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich, soweit die jeweilige Maßnahme nicht bereits im Wirtschaftsplan der Gesellschaft enthalten ist.

## § 7

### Aufsichtsrat Bestellung, Zusammensetzung und Vergütung

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der, wenn die Verbandsvorsteherin/der Verbandsvorsteher mit einem der in nachfolgenden Abs. (2) lit. (a) (ii) bis (iv) bezeichneten Personen identisch ist, aus **sieben** ordentlichen Mitgliedern besteht, anderenfalls aus **acht** Mitgliedern.
- (2) Ordentliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind:
  - (a) für den Zweckverband Flugplatz Bitburg
    - (i) die Verbandsvorsteherin/der Verbandsvorsteher des Zweckverbands Flugplatz Bitburg,

- (ii) die Landrätin/der Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm,
- (iii) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister der Stadt Bitburg und
- (iv) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bitburger Land.

Soweit für einen der drei v.g. Kommunen Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, vertritt anstelle der Landrätin/ des Landrats bzw. der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters die/der jeweilige Beigeordnete, dessen Geschäftsbereich der öffentliche Zweck des Zweckverbands Flugplatz Bitburg zuzuordnen ist, die jeweilige Kommune als Mitglied im Aufsichtsrat.

- (b) für die weiteren vier Gesellschafter insgesamt vier Mitglieder, wobei jeder der vier Gesellschafter jeweils ein Mitglied zu benennen hat.
- (3) Jedes ordentliche Mitglied des Aufsichtsrats hat einen Stellvertreter. Dies sind:
- (a) für die Verbandsvorsteherin/den Verbandsvorsteher des Zweckverbands Flugplatz Bitburg dessen stellvertretende Verbandsvorsteherin/stellvertretender Verbandsvorsteher;
  - (b) für die Landrätin/den Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm ihre gesetzliche Vertreterin/sein gesetzlicher Vertreter gem. § 44 Abs. 2 der Landkreisordnung Rheinland-Pfalz (LKO) bzw. eine/ein mit ihrer/seiner Vertretung beauftragte Kreisbedienstete/beauftragter Kreisbediensteter (§§ 57 LKO i.V.m. 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (c) für die Bürgermeisterin/den Bürgermeister der Stadt Bitburg ihre gesetzliche Vertreterin/sein gesetzlicher Vertreter gem. § 50 Abs. 2 GemO RLP bzw. eine/ein mit ihrer/seiner Vertretung beauftragte Bedienstete/beauftragter Bediensteter (§§ 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (d) für die Bürgermeisterin/den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bitburger Land ihre gesetzliche Vertreterin/sein gesetzlicher Vertreter gem. § 50 Abs. 2 GemO RLP bzw. eine/ein mit ihrer/seiner Vertretung beauftragte Bedienstete/beauftragter Bediensteter (§§ 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (e) für die weiteren Gesellschafter jeweils ein von diesen zu Beginn eines Geschäftsjahrs für das laufende Geschäftsjahr gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Text- oder Schriftform benannter Stellvertreter(in).
- (4) Die Amtszeit eines Aufsichtsratsmitgliedes, das von der Verbandsversammlung gewählt worden ist, endet mit ihrem/seinem etwaigen Ausscheiden aus der Verbandsversammlung. Für sie/ihn ist durch die die Verbandsversammlung ein neues Mitglied zu wählen. Die Amtszeit eines Aufsichtsratsmitgliedes, das von einem der in Abs. (2) lit. (e**b**) genannten Gesellschafter entsandt worden ist, endet, wenn der

entsendende Gesellschafter die Abberufung vornimmt. Hierüber und über eine eventuelle Neubenennung sind die Gesellschafter unverzüglich schriftlich zu informieren.

- (5) Das Stimmrecht der in Abs. (2) lit. (a) genannten Mitglieder des Aufsichtsrats kann nur einheitlich ausgeübt werden. Zur Sicherstellung der einheitlichen Stimmabgabe der in Abs. (2) lit. (a) genannten Mitglieder des Aufsichtsrats haben diese eine Vorabstimmung durchzuführen, unter Beachtung etwaiger Weisungen der Beschlussorgane (Kreistag, Stadtrat bzw. Verbandsgemeinderat) der Gebietskörperschaft, von denen sie jeweils entsendet worden sind (siehe § 87 Abs. 3 Nr. 3 GemO RLP), eine Vorabstimmung durchzuführen. Für das Verfahren der Vorabstimmung gelten die von der Verbandsversammlung des Zweckverbands Flugplatz Bitburg insoweit erlassenen Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung [**Anmerkung:** Die Richtlinie wird vorsehen, dass es für das Zustandekommen des Beschlusses im Rahmen der internen Vorabstimmung der Einstimmigkeit bedarf. Kommt diese nicht zustande, gilt ein Beschluss als abgelehnt und haben die drei Aufsichtsräte im Aufsichtsrat einheitlich gegen einen Beschlussantrag zu stimmen]. Im Falle der Abwesenheit eines der in Abs. (2) lit. (a) genannten Mitglieder des Aufsichtsrats ist das/ sind die übrige(n) anwesende(n) Mitglied(er) des Aufsichtsrats gem. Abs. (2) lit. (a), berechtigt, das Stimmrecht des abwesenden Mitglieds des Aufsichtsrats auszuüben.
- (6) Das Stimmrecht der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats richtet sich nicht nach Köpfen, sondern unter Berücksichtigung der Sonderregelung in Abs. (5) nach der prozentualen Beteiligung der jeweils benennungsberechtigten Gesellschafter am Stammkapital. Hierbei wird je vollem Euro Beteiligung am Stammkapital eine Stimme gewährt.
- (7) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit einen pauschalierten Aufwendungsersatz (Sitzungsgeld). Die Höhe wird von der Gesellschafterversammlung bestimmt.

## § 8

### Vorsitz und Verfahren für Sitzungen des Aufsichtsrats

- (1) Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Verbandsvorsteherin/der Verbandsvorsteher des Zweckverbands Flugplatz Bitburg. Der/die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende wird von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg benannt.

- (2) Die Vorsitzende/der Vorsitzende oder im Verhinderungsfall seine Stellvertreterin/sein Stellvertreter beruft die Sitzungen des Aufsichtsrats durch schriftliche oder elektronische Einladung sämtlicher Mitglieder ein.
- (3) Die Einberufung hat mit einer Frist von 10 Kalendertagen zu erfolgen. Bei der Fristberechnung sind der Tag der Ladung und der Tag der Sitzung nicht mitzurechnen. Die Tagesordnung ist in den wesentlichen Punkten mitzuteilen, jedoch ist hiervon die Gültigkeit der zu fassenden Beschlüsse dann nicht abhängig, wenn bei der Beschlussfassung selbst kein anwesendes Mitglied des Aufsichtsrates widerspricht. Der Aufsichtsrat ist ferner auf Antrag von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats oder der Geschäftsführung einzuberufen. § 12 Abs. (1) Satz 3 ff., Abs. (2) bis (4) gelten entsprechend.
- (4) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung geladen und mindestens fünf der Mitglieder anwesend sind und durch diese mindestens vier Gesellschafter vertreten werden. Wird dieses Erfordernis nicht erreicht, so kann durch Ladung eine zweite Aufsichtsratssitzung einberufen werden. Für diese gilt eine Ladungsfrist von 7 Kalendertagen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder beschlussfähig. Bei der Einladung ist darauf hinzuweisen.
- (5) Soweit nichts Abweichendes geregelt ist, werden Beschlüsse des Aufsichtsrats mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
- (6) Beschlüsse des Aufsichtsrats können auch durch schriftliche und/ oder elektronische Stimmabgabe, die von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden, und bei dessen Verhinderung von ihrer/seinem Stellvertreterin/Stellvertreter, bei allen Mitgliedern des Aufsichtsrats einzuholen ist, gefasst werden. § 12 Abs. (8) Satz 2 gilt entsprechend.
- (7) Über die Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden der Aufsichtsratssitzung und von der Schriftführerin/vom Schriftführer unterzeichnet und allen Mitgliedern des Aufsichtsrats unverzüglich zugestellt wird.

## **§ 9**

### **Rechtsstellung des Aufsichtsrats**

- (1) Auf den Aufsichtsrat finden die Bestimmungen des Aktiengesetzes über den Aufsichtsrat keine Anwendung.

- (2) Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Geschäftsführeramtes.
- (3) Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden von ihrer Vorsitzenden/seinem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung von ihrem/seinem Stellvertreterin/Stellvertreter abgegeben.
- (4) Der Aufsichtsrat hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft, Einsichtnahme und Untersuchung.
- (5) Der Aufsichtsrat übt die Weisungsbefugnis gegenüber der Geschäftsführung aus.
- (6) Der Aufsichtsrat ist zum Erlass sowie Änderung einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung berechtigt, die insbesondere auch einen Katalog von Maßnahmen und Geschäften erhält, für deren Durchführung die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf. Der Erlass und/ oder Änderung der Geschäftsordnung erfolgt durch Beschluss des Aufsichtsrats. Dieser bedarf der einfachen Mehrheit der vorhandenen Stimmen. Ferner bedarf der Beschluss der Zustimmung des Zweckverbands Flugplatz Bitburg, solange dieser Gesellschafter der Gesellschaft ist (unentziehbares Sonderrecht). Soweit die Geschäftsordnung nichts Abweichendes vorsieht, bedarf die Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem der im Katalog gem. Satz 1 vorgesehenen Maßnahmen und/ oder Geschäften der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (7) Der Aufsichtsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

## § 10

### Aufgaben und Pflichten des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung.
- (2) Er prüft den Jahresabschluss, berichtet der Gesellschafterversammlung über das Ergebnis seiner Prüfung und empfiehlt ihr die Feststellung sowie die Verwendung des Ergebnisses.
- (3) Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen:

~~(a) Abschluss, Änderung und Beendigung von Verträgen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern sowie mit den Gesellschaftern iSd. § 15 AktG verbundenen Unternehmen; dies gilt nicht für Grundstücksveräußerungen. Lit. (e) bleibt unberührt;~~

~~(b)~~(a) Abschluss, Änderung oder Beendigung von städtebaulichen Verträgen;

**Kommentiert [JE2]:** Die gestrichenen Maßnahmen werden in eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung übernommen. Dies sind:

- a) Abschluss, Änderung und Beendigung von Verträgen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern sowie mit den Gesellschaftern iSd. § 15 AktG verbundenen Unternehmen; dies gilt nicht für Grundstücksveräußerungen. § 10 Abs. 3 it. (c) des Gesellschaftsvertrages bleibt unberührt;
- b) Ausübung des Stimmrechts in den Gesellschafterversammlungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft;
- c) Aufnahme von Darlehen oder vergleichbaren Finanzierungsinstrumenten;
- d) Anschaffung von Gegenständen des Anlagevermögens, sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschafts-/Investitionsplan enthalten sind und im Einzelfall ein Investitionsvolumen von mehr als € 10.000,00 haben oder je Geschäftsjahr Folgekosten von mehr als € 10.000,00 verursachen;
- e) Abschluss von Dauerschuldverhältnissen, insbesondere von Miet- und Pachtverträgen, mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten oder einer monatlichen Verpflichtung von über € 5.000,00 sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschaftsplan enthalten sind;
- f) Abschluss, wesentliche Änderungen und Beendigung von Bau- und Architektenverträgen, Werk- und Dienstleistungsverträgen, Beratungsverträgen und ähnlichen Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten oder jährlichen Aufwendungen von mehr als € 25.000,00, sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschafts-/Investitionsplan enthalten sind;
- g) die Erteilung und der Widerruf von Prokura und Handlungsvollmacht;
- h) Einstellung und Entlassung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Gesellschaft mit einem voraussichtlichen Jahreseinkommen einschließlich Sonderzahlungen von mehr als € 50.000,00;
- i) Einleitung von Verfahren vor staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten, mit einem Streitwert von über € 25.000,00 sowie Abschluss von Vergleichen, Abgabe von Anerkenntnissen oder Erlass von Forderungen mit einem Wert von über € 25.000,00;
- j) Abschluss von Verträgen mit Angehörigen von Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern oder mit Gesellschaften, an denen eine Geschäftsführerin/ein Geschäftsführer mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist; dies gilt nicht für Grundstücksveräußerungen. § 10 Abs. 3 it. (c) des Gesellschaftsvertrages bleibt unberührt;

Die Zustimmung bedarf eines mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassenden Beschlusses des Aufsichtsrats. In den Fällen des lit. (a), (c), (f), (h), (i) und (j) bedarf es eines mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses des Aufsichtsrats.



- ~~(c) — Ausübung des Stimmrechts in den Gesellschafterversammlungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft;~~
- ~~(d)~~(b) Einbringung des Vermögens der Gesellschaft oder wesentlicher Teile davon in ein anderes Unternehmen gegen Gewährung von Anteilen;
- ~~(e)~~(c) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und/ oder grundstücksgleichen Rechten (einschließlich Erbbaurechten). Der Aufsichtsrat kann der Geschäftsführung durch Beschluss eine Ermächtigung erteilen, Maßnahmen gem. dieses lit. ~~(ec)~~ für einzelne Bauabschnitte und/ oder Objekte ohne vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats durchzuführen. Entsprechendes gilt für Maßnahmen, denen überwiegend administrativer oder technischer Charakter beikommt (bspw. Einräumung von Versorgungsdienstbarkeiten etc.). Die Beschlussfassung über die Ermächtigung, die einer Mehrheit von mehr als 70 % der vorhandenen Stimmen des Aufsichtsrats bedarf, kann befristet, betragsmäßig begrenzt und/ oder mit weiteren Bedingungen abhängig verbunden werden. Soweit nicht abweichend vereinbart, bedarf der Widerruf der Ermächtigung eines mit einer Mehrheit von mehr als 50 % der vorhandenen Stimmen zu fassenden Beschlusses des Aufsichtsrats.
- ~~(f) — Aufnahme von Darlehen oder vergleichbaren Finanzierungsinstrumenten;~~
- ~~(g)~~(d) Übernahme von Bürgschaften und Garantien oder einer vergleichbaren Haftung für Verbindlichkeiten Dritter;
- ~~(h)~~(e) Gewährung von Krediten oder Darlehen, ausgenommen hiervon sind Kredite oder Darlehen an Tochtergesellschaften der Gesellschaft, an denen diese zu 100 % beteiligt ist;
- ~~(i) — Anschaffung von Gegenständen des Anlagevermögens, sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschafts-/Investitionsplan enthalten sind und im Einzelfall ein Investitionsvolumen von mehr als € 10.000,00 haben oder je Geschäftsjahr Folgekosten von mehr als € 10.000,00 verursachen;~~
- ~~(j) — Abschluss von Dauerschuldverhältnissen, insbesondere von Miet- und Pachtverträgen, mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten oder einer monatlichen Verpflichtung von über € 5.000,00 sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschaftsplan enthalten sind;~~
- ~~(k) — Abschluss, wesentliche Änderungen und Beendigung von Bau- und Architektenverträgen, Werk- und Dienstleistungsverträgen, Beratungsverträgen und ähnlichen Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten oder jährlichen Aufwendungen von mehr als € 25.000,00, sofern sie nicht in dem beschlossenen Wirtschafts-/Investitionsplan enthalten sind;~~

~~(+)(f)~~ Erteilung des Prüfungsauftrages an die Abschlussprüferin/den Abschlussprüfer;

~~(m)~~ die Erteilung und der Widerruf von Prokura und Handlungsvollmacht;

~~(n)~~ Einstellung und Entlassung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Gesellschaft mit einem voraussichtlichen Jahreseinkommen einschließlich Sonderzahlungen von mehr als € 50.000,00;

~~(+)(g)~~ Gewährung von Krediten im Sinne des § 89 AktG;

~~(+)(h)~~ Vereinbarungen über die Einführung, Änderung und Aufhebung von Pensionszusagen;

~~(q)~~ Einleitung von Verfahren vor staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten, mit einem Streitwert von über € 25.000,00 sowie Abschluss von Vergleichen, Abgabe von Anerkenntnissen oder Erlass von Forderungen mit einem Wert von über € 25.000,00;

~~(r)~~ Abschluss von Verträgen mit Angehörigen von Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern oder mit Gesellschaften, an denen eine Geschäftsführerin/ein Geschäftsführer mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist; dies gilt nicht für Grundstücksveräußerungen. Lit. (e) bleibt unberührt;

~~(+)(i)~~ in allen sonstigen Fällen, in denen die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung dies vorsieht.

Die Zustimmung bedarf eines mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassenden Beschlusses des Aufsichtsrats. In den Fällen des lit. ~~(a)~~, ~~(b)~~, ~~(d)~~ bis ~~(h)~~, ~~(k)~~, ~~(n)~~, ~~(qe)~~ und ~~(fi)~~ bedarf es eines mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses des Aufsichtsrats.

~~[Anmerkung: Da der Katalog der zustimmungsbedürftigen Geschäfte über die Zeit der Veränderung unterliegt, empfiehlt es sich, diesen in der Endfassung der Satzung zu streichen und den Katalog stattdessen in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu regeln. Vgl. auch § 9 Abs. (6).]~~

- (4) Dem Aufsichtsrat sind sämtliche der Gesellschafterversammlung zu unterbreitenden Sachverhalte vorzulegen.
- (5) Die Zustimmung des Aufsichtsrates kann in Fällen, in denen unverzügliches Handeln im Interesse der Gesellschaft geboten erscheint und eine Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, durch vorherige Zustimmung der Aufsichtsratsvorsitzenden/des Aufsichtsratsvorsitzenden oder im Verhinderungsfall ihres/ seines Stellvertreterin/ Stellvertreters ersetzt werden. Die Gründe für die Notwendigkeit der Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

~~(6) — Abweichend von Abs. (1) erfolgt die erste Bestellung der Geschäftsführung bei Gründung durch die Gesellschafterversammlung.~~

## § 11

### Gesellschafterversammlung, Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung

- (1) In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen vertreten.
- (2) Der Gesellschafterversammlung gehören folgende Vertreter an:
  - (a) für den Zweckverband Flugplatz Bitburg
    - (i) die Verbandsvorsteherin/der Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg,
    - (ii) die Landrätin/der Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm sowie **drei** weitere vom Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm gewählte Vertreterinnen/Vertreter,
    - (iii) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister der Stadt Bitburg sowie **drei** weitere vom Stadtrat der Stadt Bitburg gewählte Vertreterinnen/Vertreter,
    - (iv) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bitburger Land sowie **zwei** weitere vom Verbandsgemeinderat Bitburger Land gewählte Vertreterinnen/Vertreter.

Soweit für einen der drei v.g. Kommunen Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, vertritt anstelle der Landrätin/des Landrats bzw. der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters die/der jeweilige Beigeordnete, deren/dessen Geschäftsbereich der öffentliche Zweck des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg zuzuordnen ist, die jeweilige Kommune als Vertreterin/Vertreter in der Gesellschafterversammlung.

Das Stimmrecht der in Abs. (2) lit. (a) genannten Vertreterinnen/Vertreter in der Gesellschafterversammlung kann unter Beachtung etwaiger Weisungen der Beschlussorgane (Kreistag, Stadtrat bzw. Verbandsgemeinderat) der Gebietskörperschaft, von denen sie jeweils entsendet worden sind (siehe § 88 Abs. 1 Satz 6 GemO RLP), nur einheitlich ausgeübt werden. Zur Sicherstellung der einheitlichen Stimmgabe haben diese zunächst auf kommunaler Ebene eine Vorabstimmung durchzuführen, für die § 88 Abs. 2 GemO entsprechend gilt. Sodann haben die Abs. (2) lit. (a) genannten Vertreterin-

Formatiert: Hervorheben

nen/Vertreter eine weitere Vorabstimmung durchzuführen. Für das Verfahren dieser Vorabstimmung gelten die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg insoweit erlassenen Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung [**Anmerkung:** Die Richtlinie wird vorsehen, dass es für das Zustandekommen des Beschlusses im Rahmen der internen Vorabstimmung der Einstimmigkeit bedarf. Kommt diese nicht zustande, gilt ein Beschluss als abgelehnt und haben die Gesellschaftervertreterinnen/Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung einheitlich gegen einen Beschlussantrag zu stimmen].

- (b) für die weiteren vier Gesellschafter insgesamt vier Vertreterinnen/Vertreter, wobei jeder der vier Gesellschafter jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter zu benennen hat.
- (3) Jedes Mitglied der Gesellschafterversammlung hat eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter. Dies sind:
- (a) für die Verbandsvorsteherin/den Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter;
  - (b) für die Landrätin/den Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm ihr/sein gesetzliche/gesetzlicher Vertreterin/Vertreter gem. § 44 Abs. 2 der Landkreisordnung Rheinland-Pfalz (LKO) bzw. ein mit ihrer/seiner Vertretung beauftragte Kreisbedienstete/beauftragter Kreisbediensteter (§§ 57 LKO iVm. 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (c) für die Bürgermeisterin/den Bürgermeister der Stadt Bitburg ihr(e)/sein gesetzliche Vertreterin/gesetzlicher Vertreter gem. § 50 Abs. 2 GemO RLP bzw. ein mit ihrer Vertretung beauftragte Bedienstete/seiner Vertretung beauftragter Bediensteter (§§ 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (d) für die Bürgermeisterin/den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bitburger Land ihre gesetzliche Vertreterin/sein gesetzlicher Vertreter gem. § 50 Abs. 2 GemO RLP bzw. eine/ mit ihrer/seiner Vertretung beauftragte Bedienstete/beauftragter Bediensteter (§§ 88 Abs. 3 und 1 GemO RLP);
  - (e) für die vom Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm, den Stadtrat der Stadt Bitburg sowie den Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Bitburger Land gewählten Gesellschaftervertreterinnen/Gesellschaftervertreter die jeweils gewählten Stellvertreterinnen/Stellvertreter.
- (4) Das Stimmrecht der einzelnen Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung richtet sich nach deren prozentualen Beteiligung am Stammkapital. Je vollem Euro Beteiligung am Stammkapital gewähren hierbei eine Stimme.

- (5) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die Aufsichtsratsvorsitzende/der Aufsichtsratsvorsitzende, im Falle ihrer/seiner Verhinderung deren Stellvertreterin/dessen Stellvertreter.

~~(6) Mitglieder der Geschäftsführung können nicht gleichzeitig Mitglieder der Gesellschafterversammlung sein.~~

## § 12

### Einberufung, Vorsitz, Ort und Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung oder die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Aufsichtsrats bzw. dessen Stellvertreterin/Stellvertreter unter Mitteilung der Tagesordnung, des Tagungsortes und des Sitzungsbeginns durch schriftliche oder elektronische Einladung einberufen. Die Einberufungsfrist beträgt mindestens zehn Kalendertage. Die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates kann in eiligen Fällen die Ladungsfrist abkürzen; die Ladung muss jedoch spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung zugehen. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. Die Eilbedürftigkeit ist zu begründen.
- (2) Gesellschafterversammlungen sollen grundsätzlich am Ort der Gesellschaft als Präsenzveranstaltung durchgeführt werden. In Abweichung hiervon kann der Einladende in der Einladung, sofern dem keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, in Ausnahmefällen entscheiden, dass Gesellschafterversammlungen als sogenannte virtuelle Gesellschafterversammlung (im Wege der audiovisuellen Datenübertragung) oder im Wege einer sogenannten hybriden Gesellschafterversammlung (gemischte Präsenz und audiovisuelle Gesellschafterversammlung) durchgeführt werden. Von der Befugnis kann die Einladende/der Einladende insbesondere dann Gebrauch machen, wenn alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind oder nach ihrer/seiner Einschätzung die Durchführung einer Präsenzveranstaltung wegen Vorliegens eines Katastrophen- oder Pandemiefalls oder einer damit vergleichbaren Lage mit Risiken verbunden sein kann. Eine Gesellschafterversammlung ist als virtuelle Gesellschafterversammlung durchzuführen, wenn eine Präsenzveranstaltung aufgrund zwingender gesetzlicher Regelungen und/ oder behördlicher Anordnung zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht zulässig ist.
- (3) Die Durchführung einer Gesellschafterversammlung als virtuelle Gesellschafterversammlung setzt voraus, dass über die gesamte Versammlung eine Bild- und Tonübertragung erfolgt, den Gesellschaftsvertreterinnen/Gesellschaftervertretern

ein Fragerecht im Wege der elektronischen Kommunikation (mündlich, in elektronischer Form (§ 126a BGB) und/ oder in Textform (§ 126b BGB)) eingeräumt wird und die Stimmrechtsausübung der Gesellschaftervertreterinnen/Gesellschaftervertreter über die elektronische Kommunikation erfolgen kann.

- (4) Jeder Gesellschafter kann verlangen, bei seiner Abwesenheit in der Gesellschafterversammlung durch Telefon- oder Video-Konferenz hinzugeschaltet zu werden und in diesem Rahmen stimmberechtigt an der dann hybriden Präsenz- und virtuellen Gesellschafterversammlung teilzunehmen. Das Verlangen kann bis zu einer Woche vor der Gesellschafterversammlung und in den Fällen des § 12 Abs. (1) Satz 3 bis zu einem Tag vor der Gesellschafterversammlung in Textform (§ 126b BGB) oder elektronischer Form (§ 126a BGB) gegenüber der Geschäftsführung der Gesellschaft geltend gemacht werden.
- (5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 75 % aller Gesellschafter anwesend oder vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so ist unter Einhaltung einer Frist von weiteren zwei Wochen zu einer neuen Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuladen; die Vorschriften von Abs. (2) dieser Bestimmung gelten entsprechend. Die neue Gesellschafterversammlung ist unabhängig von der Anzahl der vertretenen Gesellschafter beschlussfähig, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist.
- (6) Jeder Gesellschafter ist berechtigt, sich in der Gesellschafterversammlung durch einen Mitgesellschafter oder eine/einen von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Angehörige/verpflichteten Angehörigen der rechts- und/oder steuerberatenden Berufe unter Überreichung einer schriftlichen Vollmacht zu den Akten begleiten oder vertreten zu lassen. Im Falle einer virtuellen Gesellschafterversammlung hat anstelle der Überreichung der Vollmacht die Übersendung der Vollmacht an die Geschäftsführung zu erfolgen.
- (7) Die Geschäftsführung nimmt an den Gesellschafterversammlungen teil, soweit nicht die Gesellschafterversammlung für eine Versammlung oder einzelne Gegenstände der Beschlussfassung etwas anderes beschließt. Die Geschäftsführung hat kein Stimmrecht.
- (8) Die Gesellschafter können Beschlüsse auch im schriftlichen Umlaufverfahren bzw. im Wege einer schriftlichen Beschlussfassung fassen. Voraussetzung hierfür ist, dass im Rahmen der Beschlussfassung Gesellschafter, die in der Summe mindestens 75 % der Stimmen innehaben, dieser Vorgehensweise zustimmen.
- (9) Über die Verhandlung und Beschlüsse der Gesellschaftsversammlung ist unter Angabe von Ort, Tag und Art und Weise der Durchführung der Versammlung eine

Niederschrift zu fertigen, die von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden der Gesellschaftsversammlung und von der Schriftführerin/ dem Schriftführer, der von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung bestimmt wird, zu unterschreiben und an die Gesellschafter zu versenden ist. In der Niederschrift sind Art und das Ergebnis der Abstimmung sowie die von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden getroffenen Feststellungen über die Beschlussfassung anzugeben. Die Vorschriften über die notarielle Beurkundung werden hiervon nicht berührt.

- (10) Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb eines Monats nach Zugang des Protokolls bzw. bei fehlendem Protokollzugang innerhalb von sechs Wochen nach Kenntniserlangung des Gesellschafters von der Beschlussfassung angefochten werden. Nach Ablauf dieser Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt. Eine Anfechtung kann nicht auf die durch technische Störung verursachte Verletzung von Rechten gestützt werden, wenn die Versammlung als virtuelle Gesellschafterversammlung durchgeführt wurde, es sei denn, der Gesellschaft ist grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorzuwerfen.
- (11) In jedem Geschäftsjahr hat mindestens eine Gesellschafterversammlung innerhalb von drei Monaten nach Vorliegen des Prüfungsberichts der Abschlussprüferin/ des Abschlussprüfers stattzufinden, die über die Verteilung des Gewinns, über die Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des Aufsichtsrats, die Bestellung der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers sowie die Feststellung des Wirtschaftsplans beschließt. Im Übrigen sind Gesellschafterversammlungen je nach Bedarf einzuberufen.
- (12) Die Gesellschafterversammlung muss außer in den im Gesetz vorgesehenen Fällen einberufen werden, wenn ein Gesellschafter unter Angabe des Zwecks und der Gründe dies verlangt und die Gesellschafterversammlung für die Beschlussfassung über den Gegenstand des Verlangens zuständig ist und das Verlangen nicht offensichtlich missbräuchlich gestellt wird.

### **§ 13**

#### **Aufgaben der Gesellschaftsversammlung**

- (1) Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz und diesen Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Befugnisse, soweit diese nicht auf Grundlage der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrags zulässigerweise dem Aufsichtsrat zugewiesen sind.

- (2) Die Gesellschaftsversammlung hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und Untersuchung.

Ihrer Beschlussbefugnis unterliegen insbesondere:

- (a) die Änderung des Gesellschaftsvertrages, insbesondere des Gesellschaftszwecks, Erhöhung und Herabsetzung des Stammkapitals, die Aufnahme weiterer Gesellschafter,
- (b) Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft,
- (c) Abschluss, Änderung und Kündigung von Unternehmensverträgen im Sinne des AktG,
- (d) **die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung, Ausdehnung des Unternehmens auf neue Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes sowie die Aufgabe bisheriger Tätigkeitsgebiete,**
- (e) Erwerb, Veräußerung, Pachtung und Verpachtung von Unternehmen und von Hilfs- und Nebenbetrieben sowie deren Errichtung, Beschlussfassung über die Grundsätze der Geschäftspolitik,
- (f) Erwerb, Erweiterung, Verminderung oder Aufgabe von Beteiligungen an anderen Unternehmen, Beschlussfassung über die Rechtsgeschäfte zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der Gesellschaft,
- (g) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung sowie Entlastung derselben und Befreiung der Geschäftsführung von den Beschränkungen des § 181 BGB,
- (h) die Entlastung der Geschäftsführung,
- (i) die Entlastung des Aufsichtsrats,
- (j) die Höhe der Aufsichtsratsvergütung,
- (k) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresergebnisses,
- (l) Feststellung, Änderung und Ergänzung des Wirtschaftsplanes und seiner Nachträge,
- (m) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung und/ oder Mitglieder des Aufsichtsrats sowie die Entscheidung über die Vertretung in entsprechenden Prozessen,
- (n) Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, die ihr von dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Formatiert: Hervorheben



In den Fällen des lit. (k) und (l) hat der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung vor deren Beschlussfassung eine entsprechende Beschlussempfehlung zu erteilen.

- (3) Die Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung erfolgen, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder Vorschriften dieses Gesellschaftsvertrages entgegenstehen, mit einfacher Stimmenmehrheit des in der Versammlung vertretenen Stammkapitals.
- (4) Bei Beschlussfassung über Angelegenheiten des § 13 Abs. (2) lit. (a) bis (f) ist eine Stimmenmehrheit von mindestens 75% der vorhandenen Stimmen erforderlich. Solange der Zweckverband Flugplatz Bitburg Gesellschafter der Gesellschaft ist, bedürfen Beschlussfassungen über Angelegenheiten des § 13 Abs. (2) lit. (g), (l) und (n) für ihr Wirksamwerden auch der Zustimmung der Gesellschaftervertreterinnen/Gesellschaftervertreter gem. § 11 Abs. (2) lit. (a) (unentziehbares Sonderrecht). § 11 Abs. (2) lit. (a) letzter Unterabsatz gilt sinngemäß.

## **§ 14**

### **Wirtschaftsplan**

- (1) Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan und eine der Wirtschaftsführung zugrunde zu legende fünfjährige Finanzplanung in sinngemäßer Anwendung der für kommunale Eigenbetriebe geltenden rheinland-pfälzischen Vorschriften auf, dass die Gesellschafterversammlung nach vorheriger Beratung und Beschlussempfehlung durch den Aufsichtsrat bis zum 15.12. des laufenden Geschäftsjahres über den für das jeweils nächste Geschäftsjahr geltenden Wirtschaftsplan und über die für die jeweils nächsten fünf Jahre geltende Finanzplanung Beschluss fassen kann.

Der Wirtschaftsplan besteht aus:

- (a) Erfolgsplan,
- (b) Vermögensplan,
- (c) 5-jähriger Finanzplan und
- (d) Stellenübersicht.

Die Planansätze sind, soweit notwendig, ausreichend zu erläutern.

- (2) Die Geschäftsführung hat den beschlossenen Wirtschaftsplan und die Finanzplanung dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern zu übersenden.

- (3) Wesentliche Änderungen in der Planung, die sich im Verlaufe des Geschäftsjahres ergeben, sind der Gesellschafterversammlung zur Zustimmung vorzulegen; von wesentlichen Abweichungen ist die Gesellschafterversammlung unverzüglich zu unterrichten.

## **§ 15**

### **Jahresabschluss**

- (1) Die Geschäftsführung hat in den ersten drei Monaten nach Abschluss eines Geschäftsjahres den Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nebst Anhang) aufzustellen und nach Prüfung durch die Abschlussprüferin/den Abschlussprüfer mit dem Bericht der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers den Gesellschaftern spätestens mit der Einladung zur jährlich innerhalb der ersten sechs Monate stattfindenden ordentlichen Gesellschafterversammlung zu übersenden.
- (2) Die Gesellschafterversammlung hat innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss eines Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses zu beschließen.
- (3) Den überörtlich zuständigen Rechnungsprüfungsbehörden steht das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des §§ 110 Abs. 5 GemO RP zu.
- (4) Den Mitgliederinnen/Mitgliedern des Zweckverbands Flugplatz Bitburg und dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz werden die in § 54 Abs. 1 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.
- (5) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresüberschusses oder der Behandlung eines Jahresfehlbetrages unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig ist er mit der öffentlichen Bekanntmachung der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Werktagen bei der Verwaltung des Zweckverbands während deren allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen; in der öffentlichen Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

## **§ 16**

### **Verfügung über Gesellschaftsanteile, Ansprüche der Gesellschafter**

- (1) Verfügungen über einen Gesellschaftsanteil oder über einen Teil eines Gesellschaftsanteils sowie Belastungen derselben bedürfen eines vorherigen zustimmenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung, der der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowie darüber hinaus der Zustimmung des Zweckverbands Flugplatz Bitburg bedarf, solange dieser Gesellschafter der Gesellschaft ist (unentziehbares Sonderrecht). Die Veräußerung eines Gesellschaftsanteils oder von Teilen eines Gesellschaftsanteils ohne die erforderliche Zustimmung ist unwirksam.
- (2) Abs. (1) gilt entsprechend für die Einräumung oder Änderung eines Nießbrauchs oder einer Unterbeteiligung, die Begründung oder Änderung von Treuhandverhältnissen und die Verpfändung von Gesellschaftsanteilen oder Teilen eines Gesellschaftsanteils sowie für alle mit vorstehend genannten Rechtsgeschäften vergleichbaren Maßnahmen.
- (3) Verfügungen eines Gesellschafters über einen Gesellschaftsanteil im Sinne von Abs. (1) und (2) bedürfen keiner Zustimmung der Gesellschafterversammlung, wenn der Gesellschafter
  - (a) zugunsten eines Mitgesellschafters verfügt oder
  - (b) zugunsten eines mit dem verfügenden Gesellschafter verbundenen Unternehmens im Sinne der §§ 15 ff. AktG verfügt und gegen die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens keine Bedenken bestehen.

In den Fällen des lit. (a) bedarf es, solange dieser Gesellschafter der Gesellschaft ist, der Zustimmung des Zweckverbands Flugplatz Bitburg (unentziehbares Sonderrecht). Im Fall einer Übertragung im Sinne von vorstehendem Satz 1 lit. b) hat der verfügende Gesellschafter vertraglich sicherzustellen und dies den übrigen Gesellschaftern – ohne dass es hierzu einer gesonderten Aufforderung durch die übrigen Gesellschafter bedarf – nachzuweisen, dass eine Rückübertragung der Beteiligung auf ihn oder auf ein anderes mit ihm im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen erfolgt, wenn das Verhältnis als verbundenes Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG zwischen ihm und dem Unternehmen, auf das die Beteiligung ursprünglich übertragen worden ist, nicht mehr gegeben ist.

- (4) Ansprüche der Gesellschafter gegen die Gesellschaft, gleich aus welchem Rechtsgrund sie hergeleitet werden können, insbesondere der Anspruch auf Gewinn- und

Liquiditätserlöse, sind nicht übertragbar, es sei denn, alle Gesellschafter haben zuvor ihre Zustimmung zu der Übertragung erteilt.

## **§ 17**

### **Einziehung von Geschäftsanteilen**

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig.
- (2) Ohne Zustimmung des von der Einziehung betroffenen Gesellschafters ist die Einziehung eines Geschäftsanteiles durch Gesellschafterbeschluss zulässig, wenn in der Person des Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt, der die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit diesem unzumutbar macht. Ein wichtiger Grund im Sinne dieser Bestimmung liegt insbesondere vor,
  - (a) wenn der Gesellschafter gegen Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages in gröblicher Weise verstößt sowie bei Verstoß gegen die gegenseitige Treupflicht der Gesellschafter untereinander, jeweils sofern und soweit dies seinen Ausschluss im Sinne der §§ 133, 140 HGB rechtfertigen würde und der Gesellschafter trotz schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung den jeweiligen Verstoß nicht beendet;
  - (b) wenn in einen Geschäftsanteil Pfändungen oder Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ausgebracht sind und die Pfändung oder die Zwangsvollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb eines Monats seit Wirksamwerden aufgehoben ist;
  - (c) wenn über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren (oder ein sonstiges Gesamtverfahren im Sinne von Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 bzw. deren Nachfolgeregelung Art. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/848 oder sonstige vergleichbare Verfahren nach ausländischem oder internationalem Recht) (nachfolgend „Insolvenzverfahren“) eröffnet, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse abgelehnt oder der Eröffnungsantrag nicht innerhalb von 3 Monaten ab Eingang beim zuständigen Gericht zurückgenommen wird; oder
  - (d) bei Vorlage eines Restrukturierungsplans nach den Vorschriften der Richtlinie (EU) 2019/1023 vom 16. Juli 2019, des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes oder vergleichbarer Vorschriften (nachfolgend „Präventive Restrukturierungsverfahren“) sowie bei Beantragung von Maßnahmen über Präventive Restrukturierungsverfahren, insbesondere der Aussetzung von Einzelvollstreckungsmaßnahmen (vgl. Art. 6 der Richtlinie

(EU) 2019/1023 vom 16. Juli 2019) oder der Anordnung einer Vollstreckungssperre gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 1 StaRUG, sofern der entsprechende Antrag nicht innerhalb von einem Monat nach Eingang bei der zuständigen Stelle zurückgenommen wird; ein Gläubiger des Gesellschafters betreibt auf Grund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels die Zwangsvollstreckung in den Geschäftsanteil und die Vollstreckungsmaßnahme wird nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben.

- (e) wenn in der Person des Gesellschafters ein wichtiger Grund gegeben ist, der seine Ausschließung aus der Gesellschaft rechtfertigt.
- (3) Ein Geschäftsanteil, der mehreren Mitberechtigten ungeteilt zusteht, kann eingezogen werden, wenn die Voraussetzungen gemäß Abs. (2) auch nur für einen Mitberechtigten vorliegen. Mehrere Geschäftsanteile eines Gesellschafters können nur insgesamt eingezogen werden.
- (4) Die Einziehung erfolgt durch Erklärung der Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer auf Grund eines Beschlusses der Gesellschafter. Der Gesellschafterbeschluss bedarf einer Mehrheit von 2/3 der vorhandenen Stimmen. Ferner bedarf es, solange der Zweckverband Flugplatz Bitburg Gesellschafter der Gesellschaft ist, für die Einziehung seiner Zustimmung, es sei denn, dieser ist von der Beschlussfassung selbst betroffen. In diesem Fall bedarf der Gesellschafterbeschluss einer Mehrheit von 75 % der vorhandenen Stimmen der übrigen Gesellschafter.
- (5) Statt der Einziehung können die Gesellschafter beschließen, dass der betroffene Gesellschafter den Geschäftsanteil auf die Gesellschaft oder auf eine im Beschluss zu benennende Person zu übertragen hat. Bei der Beschlussfassung nach den Sätzen 1 und 2 steht dem betroffenen Gesellschafter kein Stimmrecht zu.
- (6) Die Einziehung wird mit Bekanntgabe des Gesellschafterbeschlusses an den betroffenen Gesellschafter bzw. der insoweit zuletzt mitgeteilten Ladungsanschrift wirksam. Gleichzeitig mit dem Beschluss über die Einziehung ist darüber zu beschließen, ob die Anpassung der Summe der Geschäftsanteile an das Stammkapital durch eine Aufstockung der vorhandenen Geschäftsanteile, durch Neuausgabe eines Geschäftsanteils oder in sonstiger, gesetzlich zulässiger Weise erfolgt. Sofern und soweit in dem Einziehungsbeschluss keine abweichende Regelung getroffen wird, ist im Zweifel jede Geschäftsführerin/jeder Geschäftsführer bevollmächtigt, gegenüber dem betroffenen Gesellschafter die Einziehung für die Gesellschafterversammlung zu erklären.

## **§ 18**

### **Abfindung**

- (1) Im Falle der Einziehung nach § 17 und in allen anderen Fällen des Ausscheidens eines Gesellschafters hat die Gesellschaft eine Abfindung zu zahlen. Die Abfindung beträgt in den Fällen der Einziehung nach § 17 75 % und in allen übrigen Fällen 100 % des nach den nachfolgenden Absätzen zu berechnenden anteiligen Unternehmenswerts. Mindestens entspricht die Abfindung dem auf den ausscheidenden Gesellschafter entfallenden Anteils am Eigenkapital im Sinne des § 266 Abs. 3 A. I. bis IV HGB zum 31.12. des abgelaufenen Kalenderjahres bzw., soweit das Ausscheiden auf den 31.12. eines Kalenderjahres erfolgt, zum 31.12. dieses Kalenderjahres. Maßgeblich ist der geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft zu diesem Stichtag.
- (2) Der Unternehmenswert entspricht dem Verkehrswert. Die Ermittlung des Verkehrswertes hat nach den per 01.01.2024 geltenden Regelungen des Bewertungsgesetzes zu erfolgen, vgl. § 12 Abs. 2 BewG. Hierzu hat der Abschlussprüfer im Auftrag und auf Kosten der Gesellschaft den Unternehmenswert unter Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens gem. §§ 200 ff. BewG zu ermitteln. Dieses ist für die Bewertung maßgeblich, sofern es nicht zu offensichtlich unzutreffenden Ergebnissen führt. Untergrenze für die Bewertung bildet der nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Substanzwert (Buchwert der Beteiligung).

Auf Verlangen eines Gesellschafters hat der Abschlussprüfer der Gesellschaft den Unternehmenswert gem. § 317 BGB nach billigem Ermessen unter Anwendung der Grundsätze der Unternehmensbewertung gem. IDW S1 zu ermitteln und festzustellen. Die Kosten für die Erstellung der Unternehmensbewertung durch den Abschlussprüfer hat in diesem Fall der Gesellschafter zu tragen, der dies beantragt, es sei denn, die Wertfeststellung des Abschlussprüfers gem. IDW S1 überschreitet den gem. dem vereinfachten Ertragswertverfahren ermittelten Wert um mehr als 15 % (sofern der Abschlussprüfer eine Bandbreite ermittelt, ist für Zwecke der Ermittlung der Überschreitung der Mittelwert maßgeblich). In diesem Fall hat die Gesellschaft die Kosten zu tragen.

- (3) Der anteilige Unternehmenswert ergibt sich aus dem Verhältnis des Nennbetrags der Geschäftsanteile des betroffenen Gesellschafters zum Stammkapital.
- (4) Der ausscheidende Gesellschafter erhält neben der Vergütung nach Abs. (1) den auf seine Geschäftsanteile bis zum Ausscheiden zeitanteilig entfallenden Bilanzgewinn, soweit der Gewinn nicht bereits bei der Ermittlung des Unternehmenswerts berücksichtigt wurde.

- (5) Die Abfindung ist sechs Monate nach dem Ausscheiden fällig, im Fall der Einziehung sechs Monate nach dem Zugang des Einziehungsbeschlusses. Soweit das Stammkapital der Gesellschaft zum Zwecke der Einziehung herabgesetzt wird, ist die Abfindung erst nach Ablauf des Sperrjahres fällig. Steht die Höhe der Abfindung bei Fälligkeit noch nicht fest, so ist als Abschlagszahlung ein Betrag zu leisten, der von der Gesellschaft nach billigem Ermessen bestimmt wird. Die Abfindung ist vom Tag des Ausscheidens in ihrer jeweiligen Höhe mit zwei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz i.S.v. § 247 BGB zu verzinsen. Die Zinsen sind mit der Abfindung fällig. Die Abfindung kann früher entrichtet werden. Hat der ausgeschiedene Gesellschafter für die Abfindung Steuern zu zahlen, kann er auf den Zeitpunkt der Fälligkeit der jeweiligen Steuer eine vorzeitige Auszahlung der Abfindung in Höhe der Steuer unter Anrechnung auf die nächstfälligen Raten verlangen. Der ausgeschiedene Gesellschafter kann im Hinblick auf die Abfindung keine Sicherheit verlangen.
- (6) Ist die Gesellschaft zur Zahlung der Abfindung nicht in voller Höhe in der Lage, können die verbleibenden Gesellschafter die Auflösung der Gesellschaft beschließen. Der ausscheidende Gesellschafter nimmt dann mit dem ausstehenden Teil der Abfindung gleichrangig mit den Gesellschaftern an der Verteilung des Liquidationsüberschusses teil. Falls in diesem Fall nicht die Auflösung beschlossen wird, haften die Gesellschafter, die den Einziehungsbeschluss gefasst haben, dem ausscheidenden Gesellschafter anteilig in Höhe ihrer jeweiligen Beteiligung an der Gesellschaft für die Zahlung.
- (7) Streitigkeiten über die Höhe der Abfindung oder des anteiligen Gewinns werden von einer Wirtschaftsprüferin/einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Schiedsgutachterin/Schiedsgutachter für alle Beteiligten endgültig entschieden. Die Schiedsgutachterin/der Schiedsgutachter ist auf Antrag eines Beteiligten vom Präsidenten des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. in Düsseldorf für alle Beteiligten zu benennen. Die Schiedsgutachterin/der Schiedsgutachter entscheidet in entsprechender Anwendung von § 91 ZPO über die Kosten seiner Inanspruchnahme.
- (8) Die Bestimmungen dieses § 18 gelten entsprechend, wenn der Geschäftsanteil gemäß § 17 Abs. (5) S. 2 an die Gesellschaft oder einen Dritten abzutreten ist. Bei Abtretung an einen Dritten haftet die Gesellschaft für die Vergütung wie ein selbstschuldnerischer Bürge.

## **§ 19**

### **Leistungsverkehr zwischen den Gesellschaftern**

- (1) Der Leistungsverkehr mit Gesellschaftern hat zu Bedingungen zu erfolgen, die dem Drittvergleich standhalten, soweit nicht alle Gesellschafter einer Abweichung zustimmen.
- (2) Entgegen Abs. (1) empfangene Leistungen sind vom Gesellschafter zurückzugewähren.

## **§ 20**

### **Bekanntmachungen**

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

## **§ 21**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Alle anstehenden Unternehmensentscheidungen, insbesondere die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung sowie die in § 87 Abs. 3 Nr. 1 GemO RLP genannten Angelegenheiten sind dem Zweckverband Flugplatz Bitburg so rechtzeitig anzuzeigen, dass dessen Verbandsversammlung hierüber vor der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung beraten und Entscheidungen treffen kann.
- (2) Alle nach § 92 GemO RLP der Vorlage bzw. Anzeigepflicht des Zweckverbands Flugplatz Bitburg gegenüber seiner Aufsichtsbehörde anstehenden Entscheidungen sind ihm so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser seiner Mitwirkungsrechte ausüben und den Pflichten gegenüber seiner Aufsichtsbehörde nach § 92 GemO RLP fristgerecht nachkommen kann.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen, so wird die Gültigkeit der anderen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Vertragsbestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine rechtswirksame Ersatzregelung treten, die dem aus diesem Vertrag erkennbaren Willen der Parteien, dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der weggefallenen Regelung und des Gesamtvertrages Rechnung trägt bzw. möglichst nahe kommt. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung beruht. Es soll dann ein dem Gewollten möglichst nahekommendes, rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit als vereinbart gelten.



## **§ 22**

### **Gründungsaufwand**

Die Kosten der Beurkundung dieses Gesellschaftsvertrages, der Bekanntmachung, der Anmeldung der Gesellschaft und ihrer Eintragung im Handelsregister trägt die Gesellschaft bis zu einem geschätzten Betrag von € 3.000,00. Etwa darüber hinausgehende Kosten tragen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Anteile am Stammkapital der Gesellschaft.